

KOMMISSION FÜR WIRTSCHAFTLICHE  
LANDESVERTEIDIGUNG

ENTWURF  
Vertraulich

S u m m a r i s c h e s P r o t o k o l l

der ersten Sitzung der Kommission für wirtschaftliche Landesver-  
teidigung, vom 7. Mai 1948, 14.30 Uhr, im Konferenzzimmer des  
Bundesamtes für Industrie, Gewerbe und Arbeit, Bundesgasse 8, Bern.

T R A K T A N D E N

- 1) Zusammensetzung der Kommission.
- 2) Besprechung der eingereichten Rapporte.
- 3) Beurteilung der internationalen Lage in wirtschaftlicher  
und militärischer Beziehung.  
Lagerhaltung.
- 4) Zu treffende Massnahmen.
- 5) Tankbauprogramm.
- 6) Erneuerung des Personen- und Güterwagenparks der SBB.
- 7) Ergänzung der vorbereiteten Lebensmittelkarten
- 8) Aufklärung.
- 9) Ernennung eines Delegierten.
- 10) Verschiedenes.





- 2 -

Präsenzliste:

Herr Bundesrat Dr. Rubattel, Vorsitzender

Herren Oberbetriebschef Ballinari

Direktor Campiche

Direktor Iklé

Direktor Kaufmann

Direktor Landis

Oberstkorpskommandant de Montmollin

Fürsprecher Moser

Generalsekretär Péquignot

Direktor Rothmund

Oberstbrigadier Rutishauser

Dr. Ryffel

Fürsprecher Schaffner

Direktor Vollenweider

Oberstbrigadier von Wattenwyl

Dr. Weitnauer

Minister Zehnder

Herzig (Protokoll)

ZUSAMMENSETZUNG DER KOMMISSION

Vorsitz und Mitglieder gemäss provisorischem Reglement der Kommission für wirtschaftliche Landesverteidigung vom 12.3.48.

Neu: 1 Vertreter des Post- und Eisenbahndepartementes:  
der Chef der Automobilabteilung des Eidg. Amtes für Verkehr,  
Herr Fürsprecher Moser.

BESPRECHUNG DER EINGEREICHTEN RAPPORTE

(Protokoll vom 5.3.48, S.8)

Herr Bundesrat Rubattel vertritt die Auffassung, dass die Kommission sich vorläufig nicht mit den Details der vorliegenden Rapporte, die sämtlichen Mitgliedern zum Studium überlassen wurden, zu befassen



- 3 -

habe. Es sei wichtig, sich vorerst über die grossen Richtlinien schlüssig zu werden. Er hält es für zweckmässig, wenn nachträglich noch vom Vertreter des Justiz- und Polizeidepartementes ein die Flüchtlingsfragen berührender Bericht zur Verfügung gestellt würde.

Herr Direktor Rothmund teilt mit, dass die Richtlinien für Flüchtlingsfragen neu gefasst werden müssen. Die Kompetenzabgrenzung zwischen zivilen und militärischen Behörden wird zu regeln sein. Die Schweiz könnte unter Umständen in einem neuen Krieg weit grössere Kontingente von Flüchtlingen aufnehmen müssen als im letzten, in dem man aus Rücksicht auf die militärische Landesverteidigung sehr zurückhaltend war. Die diesbezüglichen Konsequenzen wird man sich vorher zu überlegen haben.

Herr Bundesrat Rubattel bittet den Vorredner, den Bericht vom Gesichtspunkt der wirtschaftlichen Landesverteidigung aus abzufassen. Als Basis sind 50-60 000 Flüchtlinge anzunehmen.

Die übrigen sehr wichtigen Fragen sind durch den Bundesrat und das Justiz- und Polizeidepartement zu behandeln.

Nach Herrn Oberstkorpskommandant de Montmollin hat auch schon die Generalstabsabteilung mit dem Justiz- und Polizeidepartement Fühlung genommen. Die Unterkunftsräume für militärische und zivile Flüchtlinge sind bereits vorgesehen.

Der Vorsitzende bittet, die bezeichneten Orte Herrn Generalsekretär Péquignot vertraulich bekannt zu geben, damit von unserer Seite aus das Nötige veranlasst werden kann.

Herr Direktor Vollenweider tritt auf den Bericht des BIGA ein und teilt mit, dass er sich wegen der verschiedenen sein Departement betreffenden Gebiete mit den entsprechenden kompetenten Persönlichkeiten in Verbindung setzen wird. Er beleuchtet kurz die Probleme der Sicherstellung der Versorgung der Spitäler mit Personal und Material. Auch erwähnt er die Fragen der ärztlichen Versorgung.

Herr Direktor Kaufmann glaubt, Herr Direktor Vollenweider habe den Bericht des BIGA nicht ganz richtig aufgefasst. Es wird wohl zweckmässig sein, wenn das BIGA, und bei Inkrafttreten



- 4 -

einer neuen kriegswirtschaftlichen Organisation diese selbst, sich mit den in Betracht fallenden Stellen des Departements des Innern in Verbindung setzen würde, in der Meinung, dass wiederum die Inspektion für Forstwesen als "Sektion für Holz" einem neuen Kriegs-Industrie- und Arbeitsamt eingegliedert wird. Dies wurde schon im letzten Krieg mit den besten Erfahrungen so gehandhabt.

Herr Bundesrat Rubattel ist einverstanden, dass Herr Direktor Kaufmann mit den Abteilungen des Departementes des Innern direkt Kontakt nimmt. Herr Direktor Vollenweider ist aber selbstverständlich auf dem laufenden zu halten. Auch in bezug auf den Kompetenzbereich zwischen Gesundheitsamt und Armeesanitätsdienst sollen sich die beiden beteiligten Departemente direkt einigen. Die Kommission ist nur zu benachrichtigen, wenn Fragen der wirtschaftlichen Landesverteidigung berührt werden.

Als oberster Grundsatz gilt: Die ohnehin beträchtlichen Kommissionsarbeiten sind nicht durch Detailfragen, die zwischen den Direktbeteiligten erledigt werden können, zu verzögern.

#### BEURTEILUNG DER INTERNATIONALEN LAGE LAGERHALTUNG

Herr Bundesrat Rubattel bittet die Anwesenden, sich zu äussern:

- 1) ob ihrer Ansicht nach heute immer noch "unsichere Zeiten" im Sinne von Art. 3 des Bundesgesetzes vom 1.4.38 herrschen, oder ob sich seit der letzten Besprechung vom 5.3.48 etwas geändert habe. Dem Vorsitzenden ist es sehr wichtig, die verschiedenen Auffassungen kennen zu lernen, damit er dem Bundesrat, der ja letzten Endes entscheiden wird, die Gelegenheit unterbreiten kann. Auch die zu treffenden Massnahmen werden weitgehend von der Beurteilung der Lage abhängen.
- 2) Wenn man der Meinung ist, dass unsichere Zeiten eingetreten sind, wird man sich fragen müssen, ob die Aktionen geheim oder öffentlich durchgeführt werden sollen; ob man neben den Lagern der Industrie, des Gewerbes und des Handels noch Haushaltvorräte anlegen lassen will; ferner stellt sich das Problem der Schattenorganisation und des nach Vorschlag von Herrn Fürsprecher Schaffner zu ernennenden Delegierten. Ein Blick auf die dem Bericht des KEA beigelegte Liste veranschaulicht uns die finanziellen Auswirkungen, die unsere Anordnungen haben können, aufs Eindrücklichste. Das KEA



- 5 -

allein unterbreitet uns ein Programm von ca. 350 Millionen. Gehen wir auch bei der Industrie im gleichen Masstab vor, gelangen wir zu astronomischen Ziffern.

- 3) Falls die Voraussetzung "unsichere Zeiten" nicht eingetreten ist, auf welche Aktionen soll man sich beschränken? Genügt eine freiwillige Lagerhaltung bei der Industrie - mit diesem sehr schwierigen Problem wird sich u.a. auch die Preiskontrollstelle zu befassen haben -, sind nur beim Bund und den Regiebetrieben Lager anzulegen oder soll man die Haushaltungen zur Schaffung eines vernünftigen Vorrates gut haltbarer Waren anregen?

Herr Minister Zehnder hat sich an der letzten Sitzung bereits über die internationale Lage geäußert. Er glaubt nicht, dass sich in der Zwischenzeit auf politischem oder militärischem Gebiet irgend etwas geändert hat. Allerdings wird in der Öffentlichkeit die Kriegsgefahr bereits bagatellisiert. Man sollte sich jedoch nicht von einem unverantwortlichen Optimismus beeinflussen lassen. Die zwei augenblicklich grössten Gefahrenherde sind Berlin und Palästina. Ob und wann es dort zu einer Explosion kommen kann, ist nicht vorauszusehen.

Auf wirtschaftlichem Gebiet hat er gegenüber seinen Ausführungen an der letzten Sitzung eine Korrektur anzubringen, indem es zur Zeit keine ausgesprochenen Mangelgüter gibt. Die gegenwärtig noch kontrollierten Warengattungen sind nur einer sehr lockeren Bewirtschaftung unterworfen. Die Schweiz hat den Marshallplan mitunterzeichnet. Unsere Gesandtschaft in Washington ist beauftragt worden, bezüglich der Belieferung der Schweiz mit amerikanischen Waren im Rahmen des Marshallplanes mit den Vereinigten Staaten in Verhandlungen einzutreten. Trotz der relativ guten Versorgungsmöglichkeiten ist es aber in Anbetracht der nicht wegzuleugnenden unsicheren Zeiten notwendig, Lager anzulegen. Der Sprechende befürwortet eine Lösung gemäss Ziff. 2, und zwar aus psychologischen Gründen (internationale Rückwirkungen) ohne Benachrichtigung der Öffentlichkeit.

Herr Oberstkorpskommandant de Montmollin gibt einen Ueberblick über die gegenwärtige militärische Lage.

Russland hat unter den während des Krieges erlittenen Verwüstungen schwer zu leiden. Neben dem Neuaufbau wird jedoch eine intensive Rüstung betrieben. Momentan wäre es aber kaum in der Lage, von sich aus einen erfolgreichen Angriffskrieg zu führen.



- 6 -

In den USA läuft die Rüstung auf vollen Touren; dies alles bedeutet jedoch ebenfalls noch keine unmittelbare Kriegsgefahr. Wie die Situation in 2 bis 3 Jahren aussieht, wissen wir allerdings nicht.

Angesichts dieser Tatsachen müssen wir unverzüglich die nötigen Massnahmen treffen. Wir haben seit der Beendigung des Krieges etliches fallen gelassen, z.B. die Organisation des Luftschutzes u.a.m. Es gilt nun, das Versäumte sofort nachzuholen.

Nach Ansicht des Sprechenden sollte man neben den Lagern beim Handel, bei der Industrie und beim Bund auch Haushaltvorräte, wie man dies im letzten Krieg tat, anlegen. Dies wäre ganz bestimmt auch ohne die öffentliche Meinung zu alarmieren, in einem gewissen Masse möglich.

Unsere neutrale Situation macht die Angelegenheit komplizierter. Weil wir keinem der bestehenden Blocks angehören, haben wir bereits Mühe, uns einzudecken. Dies zeigt sich u.a. beim Ankauf von Munition in USA.

Herr Direktor Kaufmann beurteilt die Lage wie die Herren Minister Zehnder und Oberkorpskommandant de Montmollin. Er schlägt vor, Massnahmen im Sinne des Art. 3 des Bundesgesetzes vom 1.4.38 zu treffen, auch wenn man gegenwärtig noch nicht bis zum maximalen Bereitschaftsgrad zu gehen braucht. Vor allem ist darauf Bedacht zu nehmen, dass der Bund nicht allzu grosse finanzielle Opfer bringen muss. In einem Punkt stimmt er Herrn Minister Zehnder nicht zu: an dem letztthin mit den ehemaligen Sektionschefs des KIAA abgehaltenen sehr aufschlussreichen Rapport hat sich nämlich gezeigt, dass verschiedene äusserst wichtige Rohprodukte der Industrie schwer zu beschaffen sind. Da das Fehlen eines einzelnen Produktes für ganze Industriezweige, ja die Versorgung mit lebenswichtigen Gütern überhaupt, schwerwiegende Konsequenzen haben kann, muss man sich beizeiten vorsehen. Sehr eindrücklich hat man dies im letzten Krieg beispielsweise beim Schwefel als einem sehr wichtigen Ausgangsprodukt der chemischen Industrie erfahren, aber auch bei andern Materialien wie Industriediamanten u.a.m. Wir haben also allen Grund, rechtzeitig vorzusorgen. Der Sprechende kann sich mit der Aufforderung zur Anlage von Haushaltvorräten nicht befreunden. Dies würde nach seiner Meinung das Signal für eine grosse Beunruhigung geben.

Herr Fürsprecher Schaffner hatte anlässlich der Tagung der europäischen Wirtschaftskommission in Genf Gelegenheit zu



- 7 -

konstatieren, dass die Blockbildung in letzter Zeit gewaltige Fortschritte gemacht hat. Die gegenseitigen Angriffe sind von kaum zu überbietender Schärfe. Wir haben heute schon einen Wirtschaftskrieg, denn die Marshall-Allokationen sind nichts anderes als eine latente Blockade-Politik. Mit Bezug auf die Preisentwicklung ist zu sagen, dass vieles nicht billiger, sondern eher teurer wird. Militärisch kommt es wahrscheinlich momentan nicht zum Losschlagen. Jedoch ist eine vermehrte Aggressivität der Westmächte festzustellen, und die Auffassung, lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende, ist weitverbreitet.

Nach Ansicht des Sprechenden ist die Voraussetzung "unsichere Zeiten" erfüllt. Im Jahre 1938 war die Zuspitzung der Lage sicher nicht grösser. Es ist unsere Pflicht, der vorgesetzten Behörde sofort die Aeuferung von Lagern zu beantragen. Man wird sich die Technik der Vorratshaltung reiflich überlegen müssen. Unser Motto sollte sein: Viel Schweiss und wenig Geld. Es wird nötig sein, was die Lagerhaltung auf industriellem Gebiet anbetrifft, den ganzen Fragenkomplex mit den Herren der Industrie einmal gründlich durchzusprechen.

Der Vorschlag des KEA scheint ihm eine kluge, ausgeglichene Lösung darzustellen. Die Berechtigung der Einfuhr wird von der Bedingung der Lagerhaltung abhängig zu machen sein. Die Hilfe, die die Schweiz. Nationalbank bei der Finanzierung von Pflichtlagern heute leisten kann, wird vielfach unterschätzt.

Eine geeignete Persönlichkeit soll mit der Wirtschaft sprechen und darnach trachten, dass für gleiche Lager vermittelt eines Schlüssels eine gleiche Rechnungsbasis angewendet wird. Für hochspekulative Güter, wie z.B. Zucker, sind Risikofonds vielleicht nicht zu entbehren. Man wird auf mittlerer Linie handeln müssen. Die Hauptsache ist aber, dass sofort etwas getan wird, und zwar bevor wir uns zwischen zwei Blöcken befinden.

Herr Direktor Iklé berichtet, dass man heute gemäss zuverlässigen Informationen in Amerika in grosser Kriegsstimmung stecke. Diese Tatsache kann die Russen zurückhalten. Es kann aber sein, dass sie in Verkennung dieser Situation gleichwohl losschlagen. Auch können die Vereinigten Staaten den Vorsprung, den sie in der Atombombenfabrikation haben, auszunützen versuchen. Er glaubt aber trotz allem nicht an einen unmittelbar bevorstehenden Krieg.

Herr Direktor Iklé steht für eine mittlere Bereitschaft ein. Vom finanziellen Gesichtspunkt aus hätte die Finanzverwaltung ein grösseres Interesse an Zurückhaltung. Sie wird aber im In-



- 8 -

teresse des Landes mitwirken, die kriegswirtschaftliche Bereitschaft zu stärken. Sie hat dies schon im Falle der kriegstechnischen Abteilung bewiesen. Dort war es möglich, innerhalb einer relativ kurzen Frist 50 Millionen Nationalbank-Gelder zu mobilisieren. Man wird auch für die zivile Lagerhaltung imstande sein, eine ähnliche Lösung in der Grössenordnung von 400 - 500 Millionen ohne Belastung des Bundesbudgets zu finden. Wir müssen uns aber klar sein, dass eine Vorratshaltung in diesem Ausmass grosse Einwirkungen auf die Preisgestaltung haben kann. Man wird vor die Alternative : grosse Verluste oder Verzögerung des Preisabbaues durch Preisausgleich gestellt werden.

Herr Generalsekretär Dr. Péquignot konstatiert, dass nach wie vor "unsichere Zeiten" bestehen. Die Bezahlung von höheren Preisen in Form einer Versicherungsprämie ist gerechtfertigt. Auch die Industrie, die während der letzten Jahre durchwegs schön verdient hat, soll ihren Beitrag leisten.

Herr Oberbetriebschef Ballinari bemerkt, dass sich die Situation auf dem Transportsektor seit Kriegsende zunehmend gebessert hat und heute als normal bezeichnet werden kann. In einem neuen Kriege wird sich dies aber von einem Tag auf den andern katastrophal verändern. "Unsichere Zeiten" gemäss dem erwähnten Art. 3 sind eingetreten. Er spricht einer umfassenden Lagerhaltung, mit Ausnahme von Haushaltvorräten, das Wort.

Auch Herr Direktor Campiche kann sich mit der Anlage von Haushaltvorräten, da diese Preisanstiege oder doch Preishochhaltung nach sich zieht, nicht befreunden.

Der Vorsitzende stellt auf Grund der Aeusserungen fest, dass nach Auffassung der Kommission unsichere Zeiten im Sinne von Art. 3 des Bundesgesetzes vom 1.4.38 bestehen.

Man wird sich nun darüber schlüssig werden müssen, welche Massnahmen zu treffen sind, wobei auf finanziell gut tragbare Lösungen zu achten ist.



## ZU TREFFENDE MASSNAHMEN

Herr Direktor Landis gibt einen Ueberblick, was seitens des KEA bis heute alles vorgekehrt wurde. Einzig beim Zucker war es möglich, sich massiv einzudecken. Gegenwärtig besitzen wir Lager für ca. 14 Monate. Bei den übrigen Positionen wie Getreide, Fett und Reis haben wir weit mehr Mühe. Beim Reis wäre es möglich, sich ausserhalb der Quote mit entsprechenden preislichen Zugeständnissen in Brasilien und Italien einzudecken. Wir sollten aber die geltenden Bestimmungen nicht missachten, da dies unangenehme Rückwirkungen auf unsere Beziehungen mit dem JEFC haben kann.

Als erste Stufe schlägt der Votant Pflichtvorräte, gemäss Beilage zum Bericht des KEA, vor. Die Anlage von Haushaltvorräten kann er nicht begrüssen. Auf Grund welcher gesetzlichen Grundlage sollen nun die Lager angelegt werden? Das Bundesgesetz vom 1.4.38 kann uns ohne weiteres als Handhabe dienen; jedoch wird der Bund auf Grund dieses Gesetzes für den Fall von Preisrückschlägen haften. Man wird, um das grosse Risiko des Bundes herabzusetzen, prüfen müssen, ob das erwähnte Bundesgesetz revidiert werden kann. Die Abteilung für Landwirtschaft hat die Justizabteilung um entsprechende Stellungnahme gebeten. Wertvoll ist u.a. auch noch die Mitteilung der Handelsabteilung, dass eventuell auf Grund des Bundesbeschlusses über wirtschaftliche Massnahmen gegenüber dem Ausland vom 14.10.33 die Öffentlichkeit zur Lagerhaltung verpflichtet werden kann. Die Hauptsache wird nun sein, rasch zu handeln.

Herr Fürsprecher Schaffner teilt mit, dass der Art. 33 des Bundesgesetzes vom 1.4.38 schon im letzten Krieg die Lagerhaltung behinderte. Man hat darauf auf dem Umwege von direkten Verträgen Privater mit dem Eidg. Volkswirtschaftsdepartement das Ziel erreicht. Der Bundesbeschluss vom 14.10.33 über wirtschaftliche Massnahmen gegenüber dem Ausland ist uns dabei sehr dienlich gewesen, da er erlaubte, die Einfuhrbewilligung an die Bedingung der Lagerhaltung zu knüpfen. Dies wäre auch heute möglich, da der erwähnte Bundesbeschluss vom 14. Oktober 1933 in seiner Fassung vom 22. Juni 1939 bis zum 31.12.42 und 31.12.45, endlich bis zum 31.12.48 verlängert wurde. Ob es im Hinblick auf gewisse Widerstände im Parlament möglich ist, ihn auch diesmal heranzuziehen, bleibt abzuwarten; das Parlament wird hierüber zu entscheiden haben.



- 10 -

Herr Oberstbrigadier von Wattenwyl hat in letzter Zeit konstatiert, dass von Seiten der Industrie bei der Anlage von Pflichtvorräten vielerorts Widerstände gemacht wurden. Das Mass der Reserven ist dort zurzeit fast durchwegs sehr gross. Eine zusätzliche Erhöhung der Vorräte wird aus Angst vor Requisitionen seitens des Bundes, wie dies bei den Ausgangsstoffen für die Munitionsfabrikation im Jahre 1939 vorgekommen ist, nur mit Widerwillen vorgenommen. Die Anlage von bundeseigenen Vorräten wird die Bedenken der Wirtschaft zum Teil zerstreuen.

Wenn die KTA nun mit den ihr vom Finanzdepartement in verdankenswerter Weise zur Verfügung gestellten 50 Millionen - 32 Millionen sind zusätzlich noch aus den Reserven der Militärwerkstätten mobilisiert worden - Pflichtlager anlegt, werden die Argumente der Privaten nicht mehr stichhaltig sein. Nach Ansicht von Herrn Oberstbrigadier von Wattenwyl ist heute der psychologisch richtige Moment zu Besprechungen mit der Wirtschaft gekommen.

Herr Direktor Kaufmann ist höchst erstaunt, von einer "Renitenz" der Industrie zu hören. Er für seinen Teil kann sagen, dass die ihm nahestehenden Vertrauensleute (namentlich die ehemaligen Sektionschefs des KIAA) positiv eingestellt sind, allerdings unter der Voraussetzung, dass man wegen der Preise und Steuern mit sich reden lässt. Dies sind äusserst schwierige Fragen, aber man wird nicht darum herum kommen.

Es ist nun vor allem nötig, sich über die kriegswirtschaftliche Gesamtkonzeption auszusprechen. Dies ist gerade wegen der Vorratshaltung sehr wichtig. Das ergibt sich u.a. schon daraus, dass in bezug auf die Dauer die Ziele ganz verschieden gesteckt worden sind. So spricht das Kriegs-Transportamt von 3 bis 4 Jahren, das KEA von 9 bis 12 Monaten und die Motion Duttweiler, die nächstens wohl auch beantwortet werden muss, von mehreren Jahren. Man muss sich über die Grössenordnung klar sein. Eines ist sicher, dass Vorräte angelegt werden müssen. Für flüssige Kraft- und Brennstoffe und Kohle ist heute schon eine Regelung in Kraft.

Ferner wird man eine verantwortliche Stelle zur Durchführung all dieser Massnahmen, insbesondere für die Finanzierung, bezeichnen müssen.

Herr Direktor Kaufmann will auf die einzelnen industriellen Rohstoffe im Moment nicht eingreten. Er verweist auf den ausführlichen Bericht des BIGA.



- 11 -

Zum Schluss kommend bemerkt er, dass seiner Meinung nach Pflichtlagerverträge auf freiwilliger Grundlage abgeschlossen werden sollten. Die Verhandlungen mit der Industrie sind systematisch zu betreiben. Es genügt aber nicht mit diesen Lagern; auch der Bund, die SBB und die PTT sollen Vorräte anlegen, nicht dass, wie das im letzten Krieg der Fall war, die Industrie mit ihren Lagern herhalten muss.

Herr Oberbetriebschef Ballinari bemerkt, dass die Schweiz. Bundesbahnen ein Lagerhaltungsprogramm aufstellen. Auch verschiedene finanziell gut stehende Privatbahnen werden dies bestimmt tun. Auf welche Weise den finanziell schwächeren Unternehmen zu helfen ist, muss studiert werden.

Herr Minister Zehnder beantragt eine Besprechung zwischen Politischem Departement, Finanzverwaltung, Handelsabteilung und Schweiz. Nationalbank zwecks Absprache der Probleme (vermehrte Einfuhr), die mit einer Lagerhaltung zusammenhängen.

Herr Bundesrat Rubattel fasst das Ergebnis der Diskussion zusammen:

- 1) Ein Generalplan für die Vorratshaltung ist zu erstellen.
- 2) Die Lagerhaltung erfolgt auf Grund von Verträgen.
- 3) Eine finanzielle Belastung des Bundes ist zu vermeiden.
- 4) Der Vorschlag der Handelsabteilung, den Bundesbeschluss über wirtschaftliche Massnahmen gegenüber dem Ausland vom 14.10.33 als gesetzliche Grundlage für die Lagerhaltung zu verwenden, muss geprüft werden.
- 5) Der Bund sowie dessen Regiebetriebe haben ebenfalls entsprechend vorzusorgen.

#### TANKBAUPROGRAMM

Herr Direktor Iklé verweist auf das im Exposé der Petrola (Beilage zum Bericht des BIGA) erwähnte Tankbauprogramm. Die



- 12 -

technischen Vorarbeiten sind in Zusammenarbeit mit den zuständigen Stellen abgeschlossen worden. Was noch übrig bleibt, ist die Beschaffung der finanziellen Mittel. Man hat gehofft, diese auf dem Wege einer Preisausgleichsabgabe erheben zu können. Dies scheint nun ins Wasser zu fallen, da die Abgabe auf dem Emserwasser bei den interessierten Kreisen grosse Erbitterung hervorgerufen hat. Eine Petition ist bereits eingereicht. Die Finanzverwaltung steht hier in einem Kreuzfeuer. Auch die Alkoholverwaltung ist nicht mehr in der Lage, den teuren Emserspirit zu übernehmen. Anstatt dass die Preise für Treibstoff gesunken sind und es uns ermöglicht hätten, einen gewissen Betrag für das Tankbauprogramm abzuzweigen, sind sie gestiegen. All diese Faktoren helfen mit, das ganze Programm zu gefährden. Die Frage, ob die PTT und die Armee den Emser Alkohol übernehmen könnten, um auf diese Weise aus der Sackgasse herauszukommen, muss noch studiert werden. Vor allem heisst es nun rasch handeln, indem die Tanks nicht von einem Tag auf den andern erstellt sein werden. Die Situation auf dem Treibstoffmarkt erfordert dies dringend.

Der Sprechende schlägt vor, im Interesse einer raschen Erledigung der Angelegenheit eine Persönlichkeit mit der Durchführung der Verhandlungen zu beauftragen.

Herr Oberstbrigadier Rutishauser betont mit Nachdruck, dass wir beim Treibstoff ohne Tankbau in eine sehr schwierige Situation hinein kommen können. Man wird im Interesse des Landes das Tankbauprogramm forcieren müssen. Die Uebernahme des Emser-Ersatzes durch PTT und Armee wurde bereits geprüft. Sie kommt in Anbetracht des geringen Verbrauchs der Post und des Militärs nicht in Frage.

#### ERNEUERUNG DES PERSONEN- UND GÜTERWAGENPARKS DER SBB

Herr Oberbetriebschef Ballinari teilt mit, dass der Personen- und Güterwagenpark der Schweiz. Bundesbahnen dringend der Erneuerung bedarf. Bis zum Jahre 1950 sind uns noch 150 Personenwagen, 55 Gepäckwagen und ca. 500 Güterwagen zu liefern. Ab 1950 benötigen wir jährlich und für längere Zeit ca. 100 Personenwagen, 15 Gepäckwagen und ca. 400 Güterwagen. Da die bisherigen Lieferfirmen in Neuhausen und Schlieren nicht in der Lage sein werden, alle diese Wagen zu erstellen, muss auch die Firma Schindler AG zur Herstellung von Wagen herangezogen wer-



- 13 -

den. Aus diesem Grunde möchte er die Zulassung von 200 italienischen Arbeitern befürworten.

#### ERGAENZUNG DER VORBEREITETEN LEBENSMITTELKARTEN

Herr Direktor Landis stellt zur Diskussion, ob die Anwesenden es für nötig halten, die Lebensmittelkartenvorräte zu ergänzen, sodass pro Kopf der Bevölkerung im Bedarfsfall wenigstens eine Karte vorhanden ist. Sie würden dezentralisiert bei den Gemeindestellen aufbewahrt.

Herr Bundesrat Rubattel hält den Druck der Karten noch für verfrüht. Die Massnahme wird auf einen spätern Zeitpunkt verschoben.

#### AUFKLAERUNG

Herr Oberstkorpskommandant de Montmollin fragt an, wie weit man vorgesehen habe, die Oeffentlichkeit über unsere Massnahmen aufzuklären. Die Leute werden sich wundern, wenn in dieser Beziehung nichts getan wird. Ein Vernachlässigen der Aufklärung könnte beunruhigend wirken. Man muss sich fragen, ob das Erforderliche durch die Presse oder durch eine Interpellation in den Räten zu veranlassen ist.

Herr Minister Zehnder glaubt, dass eine Aufklärung der Oeffentlichkeit wohl nützlich wäre; aus internationalen Gründen aber, wie er bereits erwähnt hat, möchte er davon dringend abraten.

Herr Bundesrat Rubattel ist nicht für eine generelle Aufklärungsaktion. Er hatte bereits Gelegenheit, verschiedene Kommissionen über unsere Tätigkeit vertraulich zu informieren. Wie lange solche Mitteilungen aber vertraulich sind, hat man schon zur Genüge erfahren. Von Interpellationen verspricht er sich nicht allzu viel, da die Antworten in der Presse meistens ungenau wiedergegeben werden und zu Missverständnissen führen.



- 14 -

## ERNENNUNG EINES DELEGIERTEN FUER KRIEGSWIRTSCHAFT

Die sehr zahlreichen, der Durchführung harrenden Fragen bewegen den Vorsitzenden, die Anregung von Herrn Fürsprecher Schaffner betreffend Ernennung eines Delegierten für Kriegswirtschaft erneut aufzugreifen. Er bittet die Herren, sich zu dieser Frage zu äussern. Man wird sich ferner darüber schlüssig werden müssen, ob der Delegierte aus dem Schosse der Kommission zu ernennen ist, oder ob ein der Wirtschaft nahestehender Mann auf diesen Posten berufen werden sollte.

Herr Oberstkorpskommandant de Montmollin befürwortet die Ernennung eines Delegierten. Er würde eine ausserhalb der Kommission stehende Persönlichkeit begrüßen.

Auch Herr Generalsekretär Dr. Péquignot ist für einen Delegierten.

Herr Direktor Kaufmann schliesst sich dieser Auffassung an und verweist auf seinen Vorschlag im Bericht des BIGA. Ferner erkundigt er sich, ob der vorgesehene Mann mit dem Delegierten des letzten Krieges identisch ist, d.h. ob er den Aemtern in der noch zu schaffenden Schattenorganisation übergeordnet sein oder als Koordinationsorgan funktionieren soll (Vorbereitungsstadium und Kriegszeit).

Nach Ansicht von Herrn Fürsprecher Schaffner ist er vom Gesamtbundesrat zu bezeichnen und somit auch demselben für die Vorbereitung der Kriegswirtschaft verantwortlich. Er sollte also den in einer Schattenorganisation vorgesehenen Stellen übergeordnet sein. Er wird diese selbstverständlich bei seinen Vorbereitungsarbeiten als Experten beiziehen. Auch beim Delegierten des letzten Krieges war dies so. Nach eventl. Inkraftsetzung einer neuen Kriegswirtschaft übernimmt der Delegierte gewisse Koordinationsaufgaben und die Amtschefs verkehren direkt mit dem Bundesrat (kürzerer Dienstweg).

Herr Bundesrat Rubattel ist mit dem Vorschlag von Herrn Fürsprecher Schaffner einverstanden.

Der Bundesrat wird den Delegierten bezeichnen, der die Verantwortung für die wehrwirtschaftlichen Vorbereitungen zu übernehmen hat.



- 15 -

Der Vorsitzende wird sich nächste Woche diesbezüglich noch mit Fürsprecher Schaffner, Direktor Kaufmann, Direktor Landis und andern Herren besprechen.

#### KRIEGSWIRTSCHAFTLICHE SCHATTENORGANISATION

Die kriegswirtschaftliche Schattenorganisation ist gemäss Kommissionsbeschluss erst nach Ernennung des Delegierten aufzustellen.

#### VERSCHIEDENES

Herr Bundesrat Rubattel stellt anhand einer Tabelle die Einfuhr von verschiedenen industriellen Rohstoffen im ersten Quartal 1948 derjenigen des gleichen Quartals des Vorjahres gegenüber. Er konstatiert fast überall eine Erhöhung derselben. Daran ist nach seiner Meinung bestimmt nicht nur die Hochkonjunktur, sondern eine auf eigener Initiative beruhende Lagerhaltungspolitik schuld. Diese Feststellung darf die Kommission ermutigen.

Für das Protokoll:

A handwritten signature in cursive script, appearing to read 'Herrig', is written below the text 'Für das Protokoll:'.